



12.02.2016

Umweltministerium favorisiert Zuwässerungslösung für die Wesermarsch – „Kleine Lösung“ realistischer als Generalplan - Weitere Gespräche nach dem Urteil zur Weservertiefung

Die Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz Almut Kottwitz hat auf einer Veranstaltung des Planungsverbands Wesermarsch und des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) am (gestrigen) Donnerstag in Rodenkirchen den Vorschlag für eine sogenannte Zuwässerungslösung für die Wesermarsch begrüßt. Die von den Deichverbänden initiierte „Kleine Lösung“ unterscheidet sich erheblich von den bisherigen Plänen zu einem „Generalplan“, sagte die Staatssekretärin. „Wir gehen davon aus, dass mit dieser nachhaltigen Zuwässerung die Probleme der Versalzung in der Wesermarsch in den Griff zu kriegen sind.“ Zuerst müsse jedoch das abschließende Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zur Weservertiefung abgewartet werden; dann könnten die Planungen für ein nachhaltiges Zuwässerungsprojekt umgesetzt werden.

Das aktuell vorgestellte Konzept der Entwässerungsverbände sieht eine konkrete Trassenführung für die Zuwässerung vor, die weitestgehend auf dem vorhandenen Gewässersystem aufbaut. Die Machbarkeit dieser Lösung wurde durch die jetzt vorgelegte Untersuchung bestätigt. Zusätzlich wurde eine grobe Kostenschätzung erstellt. Danach belaufen sich die Kosten der Gesamtmaßnahme auf rund 30 Millionen Euro.

Zum weiteren Vorgehen sagte Kottwitz, dass nun die „potenziellen Mitfinanzierer wie der Bund und das Land Bremen“ über den Planungsstand informiert werden, um dann nach dem Urteil zur Weservertiefung eine Einigung zur Kostenteilung zu erreichen.